



Nachrichten aus Brüssel

Europäischer Rat: Reformen in den Mitgliedstaaten

Die EU-Staats- und Regierungschefs haben sich auf ihrem Frühjahrsgipfel insbesondere mit der Bewertung der Fortschritte der sog. Lissabon-Strategie, nach der die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten Raum in der Welt gemacht werden soll, beschäftigt. Die zur Erreichung dieses Ziels vom Europäischen Rat bereits getroffenen Maßnahmen müssten auf der Ebene der Mitgliedstaaten durch ein höheres Reformtempo umgesetzt werden. Auf EU-Ebene soll der Entwurf für eine Dienstleistungsrichtlinie mit hoher Priorität behandelt werden sowie seien neue Strategien für die elektronische Kommunikation zu entwickeln. Hinsichtlich der Sozial- und Gesundheitspolitik wird neben der Bekämpfung sozialer Ausgrenzung und Armut vor allem auf die Notwendigkeit der Modernisierung der Sozialschutzsysteme – insbesondere der Alters- und Gesundheitsversorgung – als zentrales Anliegen hingewiesen. Ferner sei die Verabschiedung der Richtlinie über die gegenseitige Anerkennung der Berufsqualifikationen, die Einführung der Europäischen Krankenversicherungskarte und die Reform der Verordnung zur Koordinierung der nationalen Sozialversicherungssysteme notwendig. Im Hinblick auf die 2005 anstehende Halbzeitüberprüfung der Umsetzung der Lissabon-Strategie wurde eine hochrangige Expertengruppe unter dem Vorsitz des früheren niederländischen Ministerpräsidenten *Wim Kok* eingesetzt, die bis November 2004 einen Bericht dazu erarbeiten soll. ■

Patientenmobilität und gesundheitliche Versorgung

Auf Grundlage der Ergebnisse des EU-Reflexionsprozesses über Patientenmobilität hat die Kommission ein Strategiepapier über die Freizügigkeit von Patienten und die gesundheitliche Versorgung vorgelegt. Darin werden bessere Informationen der Patienten über die Möglichkeiten, sich in anderen Mit-

gliedstaaten gesundheitlich versorgen zu lassen, gefordert. Ferner soll die Nutzung freier Kapazitäten in anderen Mitgliedstaaten durch die einzelnen Bereiche im Gesundheitswesen erleichtert werden, z.B. hinsichtlich leerstehender Krankenhausbetten. Darüber hinaus sollen EU-weite Netze von Sachverständigen im Gesundheitswesen und Spitzentechnologiezentren eingerichtet werden sowie eine koordinierte Evaluierung neuer Gesundheitstechnologien auf EU-Ebene erfolgen. Darüber hinaus schlägt die Kommission einen systematischen Austausch bewährter Verfahren vor, wozu eine Experten-Gruppe zu Gesundheitsdiensten und medizinischer Pflege, der Vertreter der Mitgliedstaaten und der Kommission angehören, von der Kommission eingesetzt werden soll. ■

Koordinierung der Gesundheitsversorgung

In einer Mitteilung zur Umsetzung der Modernisierung des Sozialschutzes für die Entwicklung einer hochwertigen, zugänglichen und zukunftsfähigen Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege schlägt die Kommission die Anwendung der offenen Koordinierungsmethode vor. In der Kommissionsmitteilung werden deshalb gemeinsame Ziele für die Entwicklung und Modernisierung des Angebots und der Finanzierung der Gesundheitsversorgung vorgeschlagen, die es den einzelnen Mitgliedstaaten erlauben, ihre nationalen Strategien festzulegen und die Erfahrung und bewährten Verfahren anderer zu nutzen. Mit dieser „offenen Methode der Koordinierung“ sollen die einzelstaatlichen Bemühungen zur Reform und Weiterentwicklung in diesen Bereichen vorangetrieben werden, wobei die Notwendigkeit „qualitativ hochstehender, flächendeckender gesundheitlicher Versorgung, die nachhaltig finanzierbar ist“ im Mittelpunkt steht. ■

Friedrich von Heusinger,
Vertretung des Freistaates Bayern in Brüssel